



NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 27.04.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:25



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Dott. Francesca Chillemi Jungmann

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Michael Scheid

Hans Peter Thiel

Monika Vogler

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Wolfgang Kern

Peter Lerch

Rolf Morio

Dorothea Müller



Wilhelm Prokop

Sarinuto Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller

Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer



Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm ab TOP 2 17.30 Uhr

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Michael Götz (Gebäudemanagement)

Gregor Hayn (Amt für Recht, Ordnung und Umwelt)

Michael Heder (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Thomas Hitschler (Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters)

Aydin Tas (Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

Günter Scharhag

Natascha Walz

Theo Kautzmann

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Marquardt beantragte, den Tagesordnungspunkt 11 der öffentlichen Sitzung „Neukonzessionierung Strom und Gas“ von der Tagesordnung abzusetzen und erst im Aufsichtsrat der Stadtholding zu beraten.



Der Vorsitzende sah hierfür keine Notwendigkeit. Dies sei kein Thema der Stadtholding.

Der Stadtrat lehnte den Antrag auf Absetzung von der Tagesordnung mit 2 Ja- und 35 Nein-Stimmen ab.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth
3. Bericht des Oberbürgermeisters und der Vorsitzenden des Freundeskreises, Frau Rahm, zur Ruanda-Reise
4. Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhalt des städtischen Gebäudes Wollmesheimer Hauptstraße 9
Vorlage: 101/050/2009
5. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Neubau einer Sporthalle neben der Berufsbildenden Schule
Vorlage: 101/067/2010
6. Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau
Vorlage: 100/013/2010
7. Beteiligung der Stadt Landau am Konvent der Bürgermeister/innen europäischer Städte
Vorlage: 100/014/2010
8. Änderung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS)
Vorlage: 100/011/2010
9. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau in der Pfalz in der Pfalz Süd" (Estienne Foch)
Vorlage: 200/020/2010
10. Provisorischer Parkplatz auf dem ehemaligen Bauhofgelände
Vorlage: 600/010/2010
11. Neukonzessionierung Strom und Gas
Vorlage: 600/011/2010
12. Sanierung der Kreisstraße 1 Mörlheimer Hauptstraße
Vorlage: 600/012/2010
13. Aufstellung der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D7c "Park&Ride-Anlage Bahnhof"
Vorlage: 610/038/2010
14. Verschiedenes





Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Schowalter vom Verein Südsterne e.V. stellte die Frage, ob es neue Entwicklungen zum Standort für einen künftigen Supermarktstandort gebe. Insbesondere gehe es ihm um den Standort Weißenburger Straße 30/32.

Der Vorsitzende erinnerte daran, dass es einen Prüfauftrag der SPD-Fraktion gebe, einen geeigneten Standort für einen Supermarkt im Süden oder Südwesten der Stadt zu finden. Dies werde derzeit ohne Wertung geprüft. Man sei in der Endphase der Prüfung. In der Ratssitzung am 25. Mai 2010 werde man das Prüfergebnis im Stadtrat vorstellen. Es gebe natürlich Standorte von unterschiedlicher Qualität, zu dem auch der Standort Weißenburger Straße gehöre. Dort sei ein Supermarkt natürlich möglich, habe aber den Nachteil dass dies nach dem Landesentwicklungsplan IV kein integrierter Standort sei. Mehr könne er noch nicht sagen, da der Prüfauftrag noch nicht abgeschlossen sei.

Herr Schowalter meinte, dass nach den Aussagen des Oberbürgermeisters der Standort des Vereins Südsterne in Gefahr kommen könne.

Der Vorsitzende erwiderte, dass man nichts ausschließen könne. Es würden aber alle Belange berücksichtigt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Bericht des Vorstandes der Energie Südwest AG, Herrn Dr. Thomas Waßmuth

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Waßmuth und bat ihn um seinen Bericht zur Energie Südwest AG und insbesondere zur Wassersparte.

Herr Dr. Waßmuth stellte sich dem Rat kurz vor. Er sei seit 1. Oktober 2009 Vorstand der Energie Südwest AG. Das Ergebnis nach Steuern im Jahr 2009 belaufe sich auf 6,9 Millionen Euro. Die ESW Gas-Vertriebs GmbH habe bei einem Umsatz von rund 25 Millionen Euro einen Gewinn von rund 530.000 Euro erzielt. Mit der LanTec habe man ein Joint Venture im Bereich der energetischen Sanierung mit dem Schwimmbad Offenbach vereinbart.

Für die geoX sei es ein sehr schwieriges Jahr 2009 gewesen. Geprägt durch seismische Ereignisse habe es eine negative Presse gegeben, die sich auch auf die Energie Südwest AG ausgewirkt habe. Der Stillstand der Geothermieanlage und die Auflagen habe natürlich auch negative Auswirkungen auf das Ergebnis.

Ratsmitglied Dr. Migl wollte wissen, ob es angesichts der bestehenden Auflagen die Chance gebe, die Geothermieanlage wirtschaftlich zu führen.

Herr Dr. Waßmuth sah hierin die Aufgabe für das Jahr 2010, herauszufinden ob der Betrieb der Geothermieanlage sicher und wirtschaftlich zu führen ist.

Die Energie Südwest sei ein wichtiger Arbeitgeber für die Stadt Landau und für die Region. Im Jahr 2009 habe man die Mitarbeiterzahl um 10 % erhöht. Mehr tun wolle man im Bereich der Kundenbindung und dem Kundenservice. Im Netzbereich plane man für 2010 Investitionen zwischen 3,4 und 3,7 Millionen Euro. Der Hauptbereich gehe dabei in den Gasbereich. Bei der LanTech hoffe er dass es gelinge, in Landau ein Nahwärmeprojekt zu realisieren.

Das Geothermiewerk laufe im Moment seit Mitte Dezember 2009 störungsfrei mit einer Auslastung von 70 %. Dies sei auf Dauer natürlich nicht möglich.

Den Kommunen in der Region habe man von Seiten der Energie Südwest angeboten im Bereich der Konzessionen zusammenzuarbeiten und diese Konzessionen zu übernehmen. In letzter Konsequenz biete man den Kommunen auch an, sich direkt an der ESW Netz AG zu beteiligen. Die Idee, die dahinterstehe, sei das Bestreben sich wirtschaftlich zu optimieren. Ein weiterer Vorteil sei, dass das Geld in der Südpfalz bleibe. Das weitere große Thema seien die regenerativen Energien. Man habe hier schon viel gemacht in der Vergangenheit wie beispielsweise mit dem Geothermieprojekt. Aktuell plane man Bürgerbeteiligungen an der Photovoltaikanlage, die auf dem Dach des Verwaltungsgebäudes errichtet worden sei.

Ratsmitglied Dr. Migl bat Herrn Dr. Waßmuth um eine Einschätzung, wie sich die Strompreise entwickeln werden. Dies halte sie für eine sehr wichtige Frage im Hinblick auf die Akzeptanz. Weiter wollte sie wissen, ob irgendwelche Auslagerungen geplant seien.

Herr Dr. Waßmuth bedauerte, dass man die Strompreise zum 1. April habe anheben müssen. Dies liege daran, dass die Strompreise im Jahre 2008 beim Einkauf sehr hoch gewesen seien. Den Strom kaufe man in mehreren Trancen im voraus. Deshalb liege noch Strom aus der teuren Zeit auf Vorrat. Dies sei für den Stromkunden im Moment ein höherer Preis, andererseits habe in Zeiten, in denen der Strom teuer war nur ein niedrigerer Preis bezahlt werden müssen. Man strebe an, die Strompreise in den kommenden beiden Jahren relativ stabil zu halten.

Auslagerungen mache man immer dann, wenn die Zusammenarbeit auch einen Nutzen bringe und man Kosten sparen könne.

Die Wasserversorgung in Landau erfolge aus 43 Quellen und 7 Brunnen mit einer Rohrleitung von 3 Kilometern. Landau habe eine erstklassige Trinkwasserqualität. Diese Qualitätssicherung habe aber natürlich ihren Preis. Man brauche immense Aufwendungen, um die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Wesentliche Punkte in den Jahren 2008 und 2009 seien die Sanierung des Wasserwerks Horststraße mit 2 Millionen Euro und die Erneuerung der Quellwasserleitung mit rund 400.000 Euro gewesen.



Der Wasserabsatz sei von 2006 bis 2009 geringfügig gesunken, dies entspreche dem bundesweiten Trend. In der Umsatzentwicklung sei dieser Rückgang nicht bemerkbar. Im Jahr 2009 sei ein Umsatz von 4,1 Millionen Euro erzielt worden. Der Wasserpreis habe seit 1. Juli 2007 Bestand. Insgesamt gab es im Jahr 2008 einen Fehlbetrag von 90.000 Euro. Das Ziel sei, die Wasserversorgung in Landau auch über 2012 hinaus sicherzustellen. Er hoffe, dass man im laufenden Verfahren den Zuschlag erhalte.

Ratsmitglied Dr. Kopf bescheinigte Herrn Dr. Waßmuth einen guten Draht zu den Landauern zu haben. Er habe einen guten Start in Landau und bei der Energie Südwest gehabt. Er habe in den Bereichen erneuerbare Energien und Transparenz bereits einige Akzente setzen können. Er vermisse auf der Homepage einige mehr Informationen zum Thema Wasser wie z.B. dem Wasserhärtegrad oder Analysewerte. Der Bundesgerichtshof habe durch sein Urteil die Gestaltung des Gaspreises verhagelt. Er bitte um einige Erläuterungen zu den Angeboten eines Sondervertrages.

Herr Dr. Waßmuth räumte ein, dass man mit dem angebotenen Rabattvertrag zu schnell gewesen sei. Das Kartellamt habe diese Idee gar nicht gut gefunden. Dann habe der BGH entschieden und die Preisbindung Öl-Gas verworfen. Diese Argumentation sei sehr einseitig. Man müsse den Vertrag nun umstellen, um vor Klagen geschützt zu sein. Der neue Vertrag werde vom Grundsatz her genauso aussehen. Es werde weiterhin eine Preissenkung von 0,3 Cent geben und auch einen Treuebonus von 0,4 Cent bei einer Bindung von 18 Monaten. Was nicht mehr drin sein werde, sei die Bindung an den Ölpreis.

Ratsmitglied Eisold bat darum, dass so etwas nicht mehr gemacht werde, wenn man Urteile kenne. Es könne nicht allein um eine wirtschaftliche Optimierung gehen. Dies müsse im Einklang mit dem Kunden geschehen. Die 18-monatige Preisbindung sei einseitig gewesen. Nur die ESW habe kündigen können. Er hoffe, dass man daraus gelernt habe. Das was Herr Dr. Waßmuth jetzt vorgestellt habe, sei ein ausbalancierter Weg.

Herr Dr. Waßmuth erwiderte, dass er persönlich nicht der Meinung sei, dass die Kopplung des Gaspreises an den Ölpreis problematisch sei.

Ratsmitglied Thiel würde es begrüßen, wenn diese Verträge auch den anderen Kunden angeboten würden, also auch denen, die keine Altverträge besitzen.

Herr Dr. Waßmuth stellte klar, dass jeder Kunde einen solchen Vertrag abschließen könne.

Ratsmitglied Lerch sprach die Probleme der geoX an. Dies sei zwar nur eine kleine Sparte innerhalb der Energie Südwest, habe jedoch eine volkswirtschaftliche und energiepolitische Bedeutung. Er wolle wissen, ob man sich hier Unterstützung von Bund und Land erwarte.

Herr Dr. Waßmuth entgegnete, dass er im Moment keine Unterstützung mehr erwarte.

Der Vorsitzende ergänzte, dass die Landauer Geothermieanlage kein Pilotprojekt mehr sei.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte Herrn Dr. Waßmuth, wie er es beurteile, dass die Expertenkommission immer noch kein Ergebnis vorgelegt habe.

Herr Dr. Waßmuth erklärte, dass die Expertenkommission erst dann ein Ergebnis vorlege, wenn sich alle einig seien. Dies sei bisher nicht der Fall. Er hoffe, dass dies bis Oktober 2010 der Fall sein werde.

Ratsmitglied Heuberger wollte wissen, ob die geoX nach den gemachten Erfahrungen beabsichtige, sich an weiteren Geothermieprojekten zu beteiligen.

Herr Dr. Waßmuth stellte klar, dass dies derzeit nicht geplant sei.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Bericht des Oberbürgermeisters und der Vorsitzenden des Freundeskreises, Frau Rahm, zur Ruanda-Reise

Der Vorsitzende und Frau Rahm vom Freundeskreis Ruhango-Kigoma berichteten über die Ruanda-Reise des Oberbürgermeisters.

Er lobte das Engagement von Frau Rahm für das Land und die Menschen in Ruanda. Sie versuche, die Entwicklung des Landes mit ihren Mitteln zu unterstützen.

Es sei gut gewesen, für diesen Besuch keine offizielle Delegation zu wählen sondern mit den Aktivisten von Landau zu reisen. Ruanda sei ein wunderschönes Land. Erster Besuchspunkt sei die Partnerschule des Max-Slevogt-Gymnasiums gewesen. Er habe immer wieder festgestellt, wie unterschiedlich die Partnerschaft wahrgenommen werde. Den Menschen sei der Kontakt zu der Landauer Bevölkerung sehr wichtig. Man überlege, ob es mit Mitteln des Landes die Möglichkeit gebe einen Schüleraustausch mit Ruanda zu organisieren.

Das Programm der Reise sei sehr anspruchsvoll gewesen. Ruanda habe 10 Millionen Einwohner, davon seien 70 % unter 15 Jahre alt. Das Bevölkerungswachstum von 3 % pro Jahr werde dem Land noch erhebliche Probleme bringen. Es sei ein landwirtschaftlich geprägtes Land. Im Schnitt bewirtschaftete jede Familie etwa 1 Hektar Land. Die Probleme in Deutschland würden sich angesichts der Probleme in Ruanda ganz schnell relativieren.

Er habe sehr vieles auch an persönlichen Erfahrungen aus Ruanda mitgenommen. Es sei beeindruckend, mit welcher Begeisterung die Menschen auch die Probleme ihres Landes angingen. Alleine aber könnten die Menschen die Probleme nicht bewältigen, sie bräuchten die Unterstützung auch aus Landau.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion; Erhalt des städtischen Gebäudes Wollmesheimer Hauptstraße 9

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 15. Dezember 2009, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Der Antrag sei bereits im Zuge der Haushaltsberatungen behandelt und damals zurückgestellt worden, bis zur Entscheidung des Ortsbeirates Wollmesheim.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Die UBFL wolle nicht, dass häppchenweise der städtische Wohnhausbestand verkauft werde. Der Hinweis auf die Finanzlage greife hier ihrer Meinung nach nicht. Die Finanzmisere lasse sich nicht durch Verkäufe lösen. Das Gebäude Wollmesheimer Hauptstraße 9 sei ortsbildprägend. In dem Gebäude sei auch Wohnraum vorhanden, der derzeit leer stehe. Hier könne man eine bedürftige Familie unterbringen. Sie sei der Meinung, dass es sich um ein ortsbildprägendes und erhaltenswertes Gebäude handle. Der enorme Renovierungsbedarf bestehe nur deshalb, weil man in der Vergangenheit nicht genug für den Erhalt getan habe.

Der Vorsitzende entgegnete, dass Immobilieneigentum kein Selbstzweck sei. Man verkaufe ja nicht im großen Stil, sondern nur wenn man die Gebäude nicht mehr benötige. Für Spekulanten eigne sich das Gebäude in Wollmesheim sicher nicht. Dafür sei es zu klein und unbedeutend. Zudem habe der Ortsbeirat Wollmesheim mit großer Mehrheit der Veräußerung zugestimmt.

Ratsmitglied Dr. Migl ergänzte, dass man als Deckungsvorschlag die eingestellten Gelder für die Landesgartenschau vorschlage.

Ratsmitglied Schröder wollte wissen, ob die Möglichkeit bestehe, dass das Gebäude nach einem Verkauf abgerissen werde.

Herr Götz stellte klar, dass das Gebäude nicht abgerissen werden könne, da es denkmalgeschützt sei.

Ratsmitglied Morio erklärte, dass die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen werde. Man beschließe ja heute nicht den Abriss des Hauses. Der Raumbedarf des Ortes sei ermittelt worden mit dem Ergebnis, dass man von 3 Gebäuden eines verkaufen könne. Nur darum gehe es. Man sollte hier auch dem Votum des Ortsbeirates Wollmesheim folgen.

Ratsmitglied Volkhardt war der Auffassung, dass solche Maßnahmen oftmals von Privatpersonen besser gemacht werden könnten als von der Kommune.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 39 Nein- und 3 Ja-Stimmen:

Der Antrag der UBFL-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2009, den beabsichtigten Verkauf des städtischen Gebäudes Wollmesheimer Hauptstraße 9 aufzugeben und für die Belange des Stadtdorfes zu erhalten, wird abgelehnt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Neubau einer Sporthalle neben der Berufsbildenden Schule

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 9. März 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Die FWG beantrage eine Prüfung, ob die Errichtung einer Sporthalle an der Berufsbildenden Schule möglich sei. Es bestehe hier dringender Handlungsbedarf. Die Berufsbildende Schule bräuchte dringend Sportunterricht, was bisher nicht in ausreichendem Umfang gewährleistet sei. Durch das Zurücklegen weiter Wege gebe es erhebliche Verzögerungen und Ausfälle. Ein zentraler Punkt sei hier auch die soziale Problematik.

Der Vorsitzende entgegnete, dass von vorneherein klar gewesen sei, dass auch der Standort Berufsbildende Schule geprüft werde. Prüfaufträge braucht man auch nicht abzustimmen. Dieser Prüfauftrag sei ja auch nicht absurd und es sei ja wert dies zu prüfen. Alles was man prüfe und mache stehe unter Finanzierungsvorbehalt. Hier müssten mit dem Land Gespräche geführt werden. Man sei sich ja einig, in dem was man brauche. Aber es gehe nicht alles auf einmal, da müsse man auch ehrlich sein.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Der Prüfantrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 9. März 2010 wird in das laufende Verfahren einbezogen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Besetzung des Verwaltungsausschusses der Agentur für Arbeit Landau

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 18. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier zu empfehlen, dem Verwaltungsrat der Bundesagentur

Herrn Oberbürgermeister Hans-Dieter Schlimmer, geb. am 20. August 1954, Marktstraße 50, 76829 Landau in der Pfalz

zur Berufung als Mitglied in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Landau für die am 1. Juli 2010 beginnende 12. Amtsperiode vorzuschlagen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Beteiligung der Stadt Landau am Konvent der Bürgermeister/innen europäischer Städte

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 24. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Dieser Resolution hätten sich bereits 140 Städte angeschlossen.

Ratsmitglied Schröer begrüßte den Beitritt zum Konvent der Bürgermeister. Der Klimaschutz müsse mehr und mehr an der Basis beginnen. Daher sei es der richtige Ansatz, dass die Initiative hier von den Kommunen ausgehe.

Ratsmitglied Marquardt erklärte die Zustimmung der UBFL-Stadtratsfraktion zum Beitritt zum Konvent der Bürgermeister.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

die Beteiligung der Stadt Landau am Konvent der Bürgermeister (Covenant of Mayors), einer Initiative der Europäischen Kommission zur Einbeziehung der Bürger/innen im Kampf gegen den Klimawandel.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Änderung der Verbandsordnung des Zweckverbandes Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 11. Februar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau stimmt zu die Verbandsordnung des ZAS wie folgt zu ändern:

In § 2 Absatz 1 werden die Worte „Stadt Landau“ durch die Worte „Anstalt des öffentlichen Rechts Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau“ ersetzt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme "Konversion Landau in der Pfalz in der Pfalz Süd" (Estienne Foch)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 1. April 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt sah die Vorlage kritisch. Nach seiner Meinung handle es sich hier um einen Schattenhaushalt, der sich der Kontrolle des Stadtrates entziehe. Der Kreditbedarf von 1,2 Millionen Euro wäre für den Bau von Turnhallen sehr viel besser aufgehoben.

Der Vorsitzende stellte klar, dass die DSK für die Stadt treuhänderisch tätig sei. Anfang Juni werde man das Projekt Quartier Vauban abschließen. Dort habe man mit der DSK ein zusätzliches Wohngebiet erschlossen. Dies sei offensive Zukunftspolitik für die Stadt. Die nächste große Maßnahme sei das Gebiet Estienne Foche, die Entwicklung des Wohnparks Am Ebenberg. Aus eigener Kraft könnte man dies alles nicht bewältigen.

Herr Messemer ergänzte, dass das Vermögen der Stadt bei einer evtl. Insolvenz geschützt wäre. Die Bürgschaft gelte nur für diese Maßnahme.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

der Aufstockung der Bürgschaft für die Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft (DSK), Wiesbaden, um 1,2 Mio. € auf danach insgesamt 6,4 Mio. €, sowie der Aufnahme bzw. Erhöhung des Kontokorrentkredites in gleicher Höhe (1,2 Mio. €), zuzustimmen.

Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt, die gemäß § 104 Absatz 2 GemO erforderliche Genehmigung bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier einzuholen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Provisorischer Parkplatz auf dem ehemaligen Bauhofgelände

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Februar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob ein Privateigentümer einen Rechtsanspruch auf einen Ersatzparkplatz habe.

Herr Heyn machte deutlich, dass es keinen Rechtsanspruch gebe.

Ratsmitglied Brunner hielt den Parkplatz für überflüssig. Für ältere Menschen bzw. für Menschen mit eingeschränkter Mobilität ändere sich nichts, wenn sie auf das Auto angewiesen seien. Die Einnahmeherechnungen seien ebenfalls sehr optimistisch. Sie bezweifle, dass das Geld wieder rein komme. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion werde der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Silbernagel wollte wissen, ob die Zufahrt zum Parkplatz nur über die Landwehrstraße möglich sei.

Herr Heder bejahte dies.

Ratsmitglied Schwarzmüller sprach den vorhandenen Parkraum an. Wenn sie die Vorlage richtig verstehe, würde der vorhandene Parkraum nicht ausreichen.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass dies hier eine Ausnahmesituation sei. Wenn man das Bauhofgelände nicht hätte, würde man bauen ohne Ersatzparkplätze. Hier könne man das ohne großen Aufwand im Sinne von bürgerorientiertem Handeln machen.

Ratsmitglied Zandonella hatte kein Verständnis für die Diskussion. Seit Jahren beklage man fehlende Parkplätze in der Innenstadt. Jetzt habe man die Möglichkeit welche zu schaffen und jetzt sei es auch nicht recht.

Ratsmitglied Hott lobte die Verwaltung für die unbürokratische Lösung.

Ratsmitglied Schröer unterstrich, dass die Grünen die Vorlage wegen der Kosten ablehnten.

Ratsmitglied Eichhorn sprach von einem Beschluss für die Bürger. Dies scheinen einige nicht verstehen zu wollen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 37 Ja- und 5 Nein-Stimmen:

- 1. Der Anlage eines provisorischen Parkplatzes für die Dauer des Ausbaus der Ostbahnstraße auf dem Gelände des ehemaligen Bauhofes wird zugestimmt**
- 2. Der Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 60.000 € beim Produkt 5410 52338 Straßenunterhalt wird zugestimmt**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Neukonzessionierung Strom und Gas

Die Ratsmitglieder Dr. Kopf, Kautzmann und Volkhardt waren als Mitglieder des Aufsichtsrates gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 24. Februar 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt sah für diese Vorlage keine Veranlassung. Hier solle im Hau-Ruck-Verfahren gehandelt werden, obwohl es keinen Handlungsbedarf gebe.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

- 1. Der Vergabe der Strom- und Gaskonzession an einen privaten Dritten wird zugestimmt**
- 2. Der Bekanntgabe des Endes des laufenden Konzessionsvertrages mit der ESW AG im Bundesanzeiger bis zum 30.06.2010 wird zugestimmt**
- 3. Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmittel in Höhe von 30.000 € im Produktkonto 5410 5625 Aufwendungen für Sachverständige wird zugestimmt.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Sanierung der Kreisstraße 1 Mörzheimer Hauptstraße

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 17. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich:

- 1. Der Bereitstellung von außerplanmäßigen Haushaltsmitteln im Produktkonto 5420 096041 „Straßenbau bei Maßnahmen Dritter“ in Höhe von 120.000 € wird zugestimmt.**
- 2. Der Anpassung der jeweiligen Produktkonten wie in der Begründung aufgeführt wird zugestimmt**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Aufstellung der 10. Teiländerung des Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D7c "Park&Ride-Anlage Bahnhof"

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. März 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Scheid sprach von einem weiteren Schritt in die richtige Richtung. Man gehe weiter auf das Ziel zu, die Park-and-Ride-Anlage zu verwirklichen. Die Bürgerinnen und Bürger von Queichheim würden sich nach dieser Anlage sehnen.

Ratsmitglied Dr. Migl sagte, dass es ungewöhnlich sei, dass der Flächennutzungsplan und der Bebauungsplan gleichzeitig geändert würden.

Herr Heder erläuterte, dass es sich um ein Parallelverfahren handle.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. Für das in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage zeichnerisch umgrenzte Gebiet (Anlage 1) wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Ortsbeirates, die Aufstellung der 10. Teiländerung des am 27. Januar 2000 wirksam gewordenen Flächennutzungsplanes 2010 der Stadt Landau in der Pfalz im Parallelverfahren zum Bebauungsplan D7c „Park&Ride-Anlage Bahnhof“ beschlossen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorzunehmen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Verschiedenes

Der Vorsitzende wies auf das Bürgerforum zum Einzelhandelskonzept am 4. Mai 2010 um 19.30 Uhr hin.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass der Rechnungshof derzeit die Finanzhilfen nach dem Konjunkturprogramm II prüfe. Geprüft werde derzeit die Bezuschussung der Sanierung der Grundschule Godramstein.

Beigeordneter Klemm wies auf den „Pfeiffertag“ in Ribeuville am 5. September hin. Weiter wies er auf die „Weinprobe auf dem Riesenrad“ am 29. April und auf den Waldbegang am 16. Juni 2010 hin.

Ratsmitglied Prokop bat darum, künftig eine Häufung von Sitzungen an einem Tag zu vermeiden.

Ratsmitglied Scheid sprach die Bürgerversammlung in Queichheim zur neuen Friedhofssatzung an. Es hätten viele Fragen erörtert werden können. An einem Punkt seien aber die Bürger im unklaren gelassen worden. Die Verwaltung habe nämlich noch in jüngster Zeit Gräber weiterverpachtet ohne zu sagen, dass keine Erdbestattungen mehr möglich seien. Er frage sich, wie so etwas sein könne. Hier habe es einen großen Unmut in der Bürgerversammlung gegeben.

Der Vorsitzende machte deutlich, dass man offensiv an das Problem herangegangen sei. Man habe von Anfang an öffentlich beraten.

Bürgermeister Hirsch unterstrich, dass das Problem ja nicht von heute auf morgen entstanden sei. Es sei in all den Jahren immer versucht worden, den Friedhof Queichheim weiterhin belegbar zu halten und nutzen zu können. In den letzten Wochen sei es nun zu einer dramatischen Entwicklung gekommen. Nun habe man schnell handeln müssen.

Ratsmitglied Doll ergänzte, dass es die Probleme schon seit über 80 Jahren gebe. Die Leichen würden im Wasser liegen. Nach dem jüngsten Vorfall habe man nun schnell handeln müssen. Viele Dinge müssten besprochen und abgehandelt werden, was in der Kürze der Zeit noch nicht möglich gewesen sei. Dies sei auch eine Frage der Pietät. Man sollte ein wenig Zeit lassen, um gemeinsam mit der Verwaltung Lösungen zu erarbeiten.

Ratsmitglied Marquardt sah Handlungsbedarf insbesondere in der Frage der Grundwassergefährdung. Das geologische Landesamt schließe nämlich, anders als behauptet, eine Gefährdung des Grundwassers aus.



Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 27.04.2010 umfasst 17 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 82.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete